Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** sowie **Frauenwelt** und **Jugend** einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 233. | Dresden, Dienstag den 7. Oktober 1913. | 24. Jahrg.

Nächsten Freitag den 10. Oktober Reichstagswahl im 4. Kreise!
Gewählt wird von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr.
Kein Wähler bleibe der Wahlurne fern!

Balkanaussichten.

Sie sind wieder einmal besser, die Balkanaussichten. An den serbischen Grenzen will Ruhe werden, der albanische Aufstand verflackert. Serbische Abteilungen haben nun auch Bizani eingenommen. Den Albaniern ist dadurch der Rückzug nach Albanien abgeschnitten. Die serbischen Truppen verfolgen die Albanier, haben den Drinfluß überschritten und nehmen jetzt günstige strategische Stellungen ein. Amtlich wird in Belgrad bestätigt, daß nunmehr das serbische Gebiet vollständig von den Aufständischen gesäubert ist. Das bedeutet baldige Grenzruhe — bis zum nächsten Aufstand.

Auch der griechisch-türkische Streit um die ägäischen Inseln zeigt ein freundlicheres Gesicht, zumal die Verhandlungen in Konstantinopel die Inselfrage zunächst ausscheiden und nur die mazedonischen Fragen behandeln. Zwar behaupten Belgrader Meldungen, daß die Türkei wie auch Bulgarien Mobilisierungsvorbereitungen treffen, weshalb sich Griechenland und auch Serbien genötigt sähen, entsprechende Gegenmaßnahmen zu verfügen, aber bei alledem handelt es sich wohl mehr um Bluffs der Streitenden, als um ernste Absichten. Namentlich weil die serbische Regierung die Versicherung erhalten haben will, „daß angesichts der gegenwärtigen Ereignisse die Haltung der rumänischen Regierung genau dieselbe wäre, wie im Laufe des letzten Krieges. Diese Haltung würde sich in der gegenwärtigen Phase in energischen diplomatischen Schritten in jenen Hauptstädten äußern, in denen dies nützlich erschiene, und würde im Falle von Verwicklungen in einer Solidarität bestehen, die jener gleich wäre, welche Rumänien im vergangenen Sommer bekundet habe."

Das heißt: Rumänien würde sich im Falle neuer Raufereien gegen eine türkisch-bulgarische Allianz wenden, da es ein Erstarken Bulgariens nach den rumänischen Erpressereien des vergangenen Jahres am meisten zu fürchten hätte. Darum werden die bulgarischen Machthaber ihre vor allem gegen Serbien und Griechenland gerichteten Revanchegelüste zunächst zügeln müssen.

•

Oesterreich, Serbien und Albanien.

(Von unserem Korrespondenten.)

th. **Wien**, 6. Oktober.

Die Erörterungen der offiziösen Presse, die dem Besuche des serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch bei dem Grafen Berchtold folgen, entbehren nicht der erheiternden Wirkungen. Komisch ist schon, daß sich der ganze Streit der Meinungen auf Grundlage von Aeußerungen vollzieht, die Paschitsch Wiener Blättern gegenüber getan hat; Berchtold hielt es und hält es heute noch für überflüssig, ein Sterbenswörtchen über die Verhandlungen verlauten zu lassen. Komischer ist noch, daß sich alles um die Unversehrtheit der albanischen Grenzen dreht. Paschitsch hat sie versprochen — aber nicht ganz, er will „strategische Berichtigungen" durchsetzen und spricht das sogar aus. Aber wenn er sich schon völlig unterworfen hätte! Auch dann würde der Vorteil einseitig den Albanern zukommen. Für sie setzt Graf Berchtold die ganze Kraft der österreichisch-ungarischen Monarchie ein, für sie hat er sich sogar gegen Paschitsch zu der Behauptung verstiegen, kein Albaner aus dem unabhängigen Albanien nehme an dem Aufruhr teil. Der Serbe begnügte sich mit dem Zweifel; er hätte ebenso gut auf die Berichte der Wiener offiziösen albanischen Korrespondenz verweisen können, in der das Gegenteil rühmend hervorgehoben war. Nun hat Graf Berchtold tatsächlich nicht den geringsten Einfluß auf die Entschließungen der albanischen Stämme. Er kann sie nicht dazu bewegen, ihre Grenzen einzuhalten, er muß ruhig anhören, wie Essad ankündigt, daß er nach Beendigung des Aufstandes seinen Prozeß gegen die Regierung von Valona fortsetzen werde. Somit besteht keine Bürgschaft, daß die Albanier nicht morgen wieder Zettelungen beginnen, für die wir von neuem werden die Anwaltschaft übernehmen müssen. Die Bairaktars haben von Berchtold eine allgemeine Vollmacht erhalten, sich auszuleben — unter Wiener Verantwortung.

Warum geschieht das? Weil Albanien als Ehrensache der Großmacht gilt. Die Interessen Oesterreichs, namentlich die wirtschaftlichen, haben mit Albanien so gut wie nichts zu tun, allein den „einzigen Erfolg" der Balkankrise will man sich nicht rauben lassen, wenn man auch einstweilen noch nicht weiß, ob nicht schließlich Italien die Ernte halten wird. Nach außen sieht es wie ein Erfolg aus, und um dieses Aeußerliche handelt es sich immer und ausschließlich. Das macht folgende kleine Reminiszenz anschaulich. Als es sich darum handelte, den Fall Palitsch zu berichtigen — die Montenegriner hatten den albanischen Priester auf der Flucht erschossen —, da feilschten die Wiener Diplomaten mit der Regierung von Cetinje herum, weil das ohne Zögern bewilligte Sühnedenkmal nur 2½ Meter hoch war und Graf Berchtold 3 Meter forderte. Von Leuten dieses Kalibers ist alles zu erwarten, nur nicht eine vernünftige Wirtschaftspolitik. Und so hört man denn auch, unter dem Drucke der Agrarier werde Oesterreich-Ungarn den Serben nach wie vor die Einfuhr von lebendem Vieh verweigern, höchstens das Maß des einzuführenden Fleisches erhöhen. Dagegen soll das Wiener Kabinett entschlossen sein, um auch den Serben entgegenzukommen, ihnen die Ausfuhr von lebendem Vieh über die bosnischen Bahnen nach Italien zu gestatten. So sollen wenigstens die Italiener wohlfeileres Fleisch bekommen.

•

Meuternde Griechen.

Wien, 6. Oktober. Die Alban. Korr. meldet aus Konstantinopel: Am 5. September meuterten griechische Soldaten in Kilkitsch. Eine Abteilung in Doiran schloß sich den Meuterern an und zwang einen Lokomotivführer, sie nach Saloniki zu bringen; unterwegs schlossen sich viele andere griechische Soldaten an. Als der Zug in Saloniki eintraf, war ihre Zahl auf 900 Mann gewachsen. Viele Soldaten der Garnison Saloniki machten alsbald gemeinsame Sache mit ihnen. Die Militärbehörde wollte sie am Bahnhofe zurückhalten, aber die Meuterer empfingen die Offiziere mit Schüssen und riefen ununterbrochen: „Tod Venizelos!", „Tod dem König!", „Nach Hause, nach Hause!" Man telegraphierte an den Kriegsminister nach Athen und stellte die Lage als ernst dar. Am nächsten Tage langte der Demobilisierungsbefehl für das Bataillon der Meuterer an. Auch in den Kasernen des Forts Karaburun bei Saloniki wurde gemeutert, desgleichen im Innern des Landes. Man sieht täglich in den Straßen von Saloniki Züge entwaffneter Soldaten, jüngst hundert auf einmal, die mit gebundenen Händen mit unbestimmtem Reiseziel eingeschifft werden.

Scheinargumente gegen staatliche Arbeitslosenhilfe.

Wenn es in unserer auf der privatkapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaftsordnung kein Recht auf Arbeit gibt, so gibt es doch unter allen Umständen ein Recht auf Existenz. Der Staat erkennt das auch an in der Armenunterstützung und in der Versicherungsgesetzgebung. Durch die letztere werden die schlimmen sozialen Bedrängnisse des kranken, unfallverletzten und invaliden Arbeiters gemildert. Genau so gut hat der Staat die Pflicht, die Nöte der unverschuldeten Arbeitslosigkeit, die wohl heute das schlimmste soziale Uebel für den darstellt, der auf Arbeit zur Fristung seines Lebens angewiesen ist, zu mildern.

Mit allerlei Scheinargumenten bekämpfen die Vertreter der besitzender Klasse die Forderung, daß der Staat die unverschuldete Arbeitslosigkeit etwa durch eine Art Versicherung so mildert wie bei Krankheit, Unfall- und Alter.

Nehmen wir doch einmal die hauptsächlichsten Einwände unter die kritische Lupe.

Da behaupten ganz besonders große Ignoranten: „Es ist Arbeit genug vorhanden. Jeder kann arbeiten, wenn er nur will!" Die zahllosen Statistiken der Gewerkschaften beweisen das Gegenteil. Vielleicht ist es auch nicht uninteressant, darauf zu verweisen, daß das schweizerische statistische Amt vor einigen Jahren konstatiert hat, daß 87 Proz. aller Arbeitslosen unverschuldet arbeitslos sind. Interessant ist für alle die, die immer wieder mit der Arbeitsscheu der Arbeitslosen kommen, vielleicht auch der Hinweis, wie es einem ungarischen Gerichtspräsidenten einmal ergangen ist. Dieser — Sarkany in Budapest — hatte gelegentlich einer Verhandlung gegen einen wegen Aufreizung zum Klassenhaß angeklagten Arbeitervertreter — er hatte in einer Arbeitslosenversammlung die Ursachen der Arbeitslosigkeit dargelegt — die Bemerkung fallen lassen: In Ungarn könne jeder brave Arbeiter, wenn er nur wolle, 5 Kr. täglich verdienen.

Am nächsten Tag erschien in Budapester Blättern im Inseratenteile folgende Annonce:

> Arbeiter, die täglich 5 Kr. verdienen wollen, können sich melden. (Folgt Adresse des Gerichtspräsidenten.)

Seitdem war es um die Ruhe des Mannes geschehen. Tausende von Arbeitern meldeten sich, um täglich 5 Kr. zu verdienen. Der Gerichtspräsident gab dem Arbeiterführer, der die Annonce unterzeichnet, gute Worte, die Annonce zu sistieren, und versicherte, daß er im Unrecht gewesen sei. Der Mann wird schwerlich wieder solche kühne und gewagte Behauptungen aufstellen!

Eine sehr beliebte Einwendung ist auch die: Auf dem Lande gibt es genug Arbeit. Dort herrsche eine solche Arbeiternot, daß Ausländer gehalt werden müßten. So schrieb vor einiger Zeit ein agrarisches Organ:

> Auf dem flachen Lande herrscht eine chronische Leutenot; der Landmann weiß oft nicht, woher er die nötigen Arbeitskräfte nehmen soll, und dabei treiben sich Hunderttausende männlicher Personen bettelnd umher, von denen der weitaus größte Teil vollständig arbeitsfähig, zugleich aber auch gründlich arbeitsscheu ist.

Ausführungen solcher Art zeugen von völliger Verkennung der herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse, aber noch mehr von Gewissenlosigkeit.

Ganz abgesehen davon, daß einem gelernten Arbeiter nicht zugemutet werden kann, Arbeit zu verrichten, die er nicht gewohnt ist, sonnen auch die ganzen sozialen Verhältnisse, unter denen die ländlichen Arbeiter schmachten, in Frage; auch der erbärmliche Lohn, die teilweise schimpfliche Behandlung usw. Dabei wollen die Grundbesitzer gar keine Arbeiter aus der Stadt, weil die zu aufgeklärt sind und sich nicht alles gefallen lassen. Zudem ist ja bekanntlich in den meisten Berufen — im Buchdruckerberufe trifft das allerdings nicht zu — im Winter die Arbeitslosigkeit am größten — und da ist der Grundbesitzer froh, daß er keine Arbeiter zu halten braucht. Die ausländischen Arbeiter sind ihm schon um deswillen lieber, weil sie im Herbst in ihre Heimat zurückkehren. Es ist also eitel Heuchelei, wenn in der eben gekennzeichneten Weise geredet und geschrieben wird.

Auf einem internationalen Arbeiterkongresse führte Molkenbuhr an, daß nach den Arbeitslosenzählungen, die im Sommer und Winter des Jahres 1895 vorgenommen wurden, in Deutschland festgestellt wurde, daß im Sommer 200 000 und im Winter 500 000 Arbeitslose, also im Durchschnitt des Jahres etwa 300 000 Arbeitslose vorhanden waren. Das Reichsarbeitsblatt weist unlängst nach an seinen Statistiken, daß es immer Arbeitslose gibt in irgendeinem Berufe, selbst in der besten Hochkonjunktur. Ebensowenig stimmt der Einwand mit der Saisonarbeit. Gewiß gibt es Saisongewerbe, die, wie im Baugewerbe, mit einer alljährlich wiederkehrenden Arbeitslosigkeit rechnen müssen; aber diese Tatsache beweist an sich nichts gegen die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit auch im allgemeinen eine außerordentlich große ist.

Die Arbeitslosigkeit selber, und zwar die unverschuldete, kann nicht beweiskräftig abgestritten werden. Indes kommt man mit anderen Einwänden, um eine Verpflichtung der Gesellschaft, etwas zur Milderung der Schäden der Arbeitslosigkeit zu tun, verneinen zu können. Aber diese Einwände sind genau so fadenscheinig wie die schon widerlegten.

Da wird dem Arbeiter der billige Rat gegeben, zu sparen, damit er wie der Bär in seinem Winterschlafe von dem in den guten Zeiten angesammelten Fette zehren kann. Dabei kann man an der Hand der heutigen Einkommens- und Preisverhältnisse unwiderleglich nachweisen, daß, wenn der Arbeiter spart, er das nur tut auf Kosten seiner und seiner Familie Gesundheit.

Es ist doch bekannt, daß vor gar nicht langer Zeit von einem Professor nachgewiesen wurde, daß bei den heutigen Preisen der Nahrungsmittel ein Familienvater, der eine Normalfamilie von fünf Köpfen zu ernähren hat und so leben will wie der deutsche Soldat, alsdann nur für Lebensmittel nicht weniger als 1360 M. ausgeben muß. Ja, fragen wir, welcher Arbeiter kann das?

Es wird auch manchmal auf die Armenunterstützung verwiesen, die ja schon eine Art öffentlicher Arbeitslosenfürsorge sei. Es ist aber bekannt, daß die Armenfürsorge erst dann eingreift, wenn die Not einen hohen Grad erreicht hat. Außerdem ist mit dieser Unterstützung eine Art Makel, eine Brandmarkung verbunden und außerdem ein Verlust der politischen Ehrenrechte. Aufgeklärte Arbeiter legen aber einen viel zu großen Wert auf ihre Staatsbürgerrechte, um diese so leichten Kaufs aufzugeben. Damit darf man also auch nicht kommen, wenn sich die Gesellschaft von ihren sozialen Verpflichtungen befreien will.

In einer Denkschrift des Syndikus des Verbandes der Industriellen sagte dieser, durch eine Arbeitslosenversicherung werde das Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiter beeinträchtigt. Die Regierung dürfe sich nicht zugunsten der Arbeiter in den wirtschaftlichen Kampf einmischen. Der konservative Landtagsabgeordnete Pfarrer Heckenroth in Altenkirchen meinte in einer Generalversammlung des konservativen Vereins:

> Die Arbeitslosenversicherung sei nichts als eine Prämie auf die Faulenzerei, sie sei undurchführbar. Durch solche utopistische Forderungen werde nur die Unzufriedenheit geweckt. Die erste Grundfrage bei jedem weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung müsse immer die sein, ob auch die Unternehmer neue Lasten noch tragen können.

Das ist bekanntlich der Einwurf der Unternehmer bei jeder sozialpolitischen Forderung. Es muß aber demgegenüber daran erinnert werden, daß ja die Unternehmer die Aufwendungen für die sogenannten sozialen Lasten oder etwelche Wohlfahrtseinrichtungen noch immer in ihre Betriebsunkosten hineinkalkuliert haben. Dafür ist Beweis eine Stelle aus der Deutschen Arbeitgeberzeitung. Es heißt darin:

> Die auf das Wohl der Arbeiter gerichteten Bestrebungen besitzen keineswegs einen rein charitativen Charakter; sie entspringen in erster Linie Erwägungen sozialpolitischer Art (!). Außerdem unterscheiden sie sich von den Werken der freien Wohltätigkeit dadurch, daß zwischen Gebern und Empfängern, d. h. also zwischen den Unternehmern und den Arbeitern, ein Geschäftsverhältnis, nämlich der Lohnvertrag, besteht, woraus für den Geber die Möglichkeit erwächst, die Kosten für die Wohlfahrtseinrichtungen auf den Empfänger selbst abzuwälzen, indem er sie vom Arbeitslohn abzieht.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19131007/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG